

- 5.6.-19.7.1950 Strafverfahren gegen 55 Angehörige der Berliner SA-Standarte 15, die an der Ermordung von Antifaschisten in der Köpenicker Blutwoche im Juni 1933 beteiligt gewesen waren. Das Landgericht Berlin sprach gegen die Haupttäter 15 Todesurteile und 13 lebenslängliche Freiheitsstrafen aus.
- 8.6.1950 Beschluß des Magistrats über die Hauptsatzung der Verwaltung von Groß-Berlin. Entsprechend den vom Demokratischen Block empfohlenen Grundsätzen wurde die Struktur der Verwaltung festgelegt. Der Magistrat als oberstes Beschluß- und Verwaltungsorgan wurde durch die Hauptverwaltung und durch die Bezirksverwaltungen in den Stadtbezirken vollziehend-verfügend tätig.
- 20.—24.7.1950 Der III. Parteitag der SED bestätigte die Direktive für den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft für die Jahre 1951 bis 1955. Er beschloß Maßnahmen zum Ausbau der Rechtsordnung und erklärte die strikte Einhaltung der Gesetzlichkeit und der demokratischen Ordnung zu einer wichtigen Bedingung der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung.
- 15.12.1950 Mit dem Gesetz zum Schutz des Friedens folgte die DDR einer Empfehlung des Weltfriedensrates und bekannte sich zu den demokratischen Grundsätzen des Völkerrechts.
- 18.12.1950 Durch die Aufbauverordnung wurde der planmäßige Aufbau Berlins unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung zu einer der vordringlichsten Aufgaben des Magistrats erklärt. Der Magistrat erhielt das Recht, einzelne Stadtgebiete zu Aufbaugebieten zu erklären und damit bebaut wie unbebaute Grundstücke in Anspruch zu nehmen.
- 20.12.1950 Urteil des Obersten Gerichts gegen ehemalige Direktoren und leitende Angestellte der Deutschen Solvay-Werke und der Landesregierung Sachsen-Anhalt wegen Sabotage im Auftrag westdeutscher Konzerne.
- 3.—5. 6.1951 In der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrags stimmten 97,3 Prozent der Berliner mit Ja.
- 5.-9. 9.1951 Der V. Kongreß der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) tagte in Berlin unter dem Leitgedanken „Die Rolle der demokratischen Juristen und des Rechts im Kampf für den Frieden“.
- 6.12.1951 Einführung des allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen Wirtschaft und Bildung des Staatlichen Vertragsgeschäfts bei der Regierung der DDR.
- 2.4.1952 Urteil des Landgerichts Berlin gegen Angehörige der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), die von Westberlin aus systematisch Terror- und Diversionsakte gegen die DDR betrieb.
23. 5.1952 Das Jugendgerichtsgesetz brachte den Zusammenhang zwischen Jugendförderung und Jugendrechtspflege zum Ausdruck und verankerte den Vorrang der Erziehungsmaßnahmen vor der Strafe.
23. 5.1952 Das Gesetz über die Staatsanwaltschaft übertrug der Staatsanwaltschaft, die bereits durch VO über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz vom 27. 9.1951 zu einem in seiner Organisation und Tätigkeit selbständigen Organ der Justiz erklärt worden war, die Aufsicht über die strikte Einhaltung der Gesetzlichkeit in der gesamten Republik.
25. 5.1952 Urteil des Obersten Gerichts im Prozeß gegen die im Aufträge imperialistischer Organisationen handelnde Agenten- und Terrorbande Burianek.
- 9.—12. 7.1952 Die 2. Parteikonferenz der SED beschloß den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Sie schlug dazu u. a. Maßnahmen zur weiteren Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vor.
- 2.10.1952 Das Gesetz zum Schutz des Volkseigentums stellte das gesellschaftliche Eigentum unter erhöhten strafrechtlichen Schutz.
- 21.11.1952 Die VO über die Verfassung der Gerichte von Groß-Berlin regelte in Übereinstimmung mit dem GVG vom 2. 10. 1952 den Aufbau der Gerichtsorganisation. Oberstes Gericht für Groß-Berlin blieb weiterhin das Kammergericht (vor allem als Kassationsgericht). An die Stelle des Landgerichts trat das Stadtgericht.
- 19.1.1953 Die VO über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der Organe der Staatsmacht von Groß-Berlin bestimmte, die Volksvertretung von Groß-Berlin zu bilden.
- 23.1.1953 Vorläufige Ordnung für den Aufbau und die Arbeitsweise der Organe der Staatsmacht von Groß-Berlin. Die aus 130 Mitgliedern bestehende Volksvertretung war das höchste Organ der Staatsmacht in Groß-Berlin. Sie wählte ständige Kommissionen zur besseren Einbeziehung der Werktätigen in die staatliche Leitung.
- 13.2.1953 Konstituierende Sitzung der Volksvertretung von Groß-Berlin. Friedrich Ebert wurde erneut zum Oberbürgermeister gewählt.
- 30.4.1953 VO über die Bildung von Kommissionen zur Beseitigung von Arbeitsstreitfällen (Konfliktkommissionen) in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und in den Verwaltungen.
- 15.5.1953 Die VO über die Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte förderte den genossenschaftlichen Zusammenschluß von Anwälten.
17. 6.1953 Zerschlagung eines konterrevolutionären Putschversuchs. Es wurde sichtbar, daß die Errungenschaften der Werktätigen in der DDR unantastbar sind und nicht rückgängig gemacht werden können. Rädelführer des Putschversuchs wurden gerichtlich zur Verantwortung gezogen.
30. 3.—6. 4.1954 Der IV. Parteitag der SED orientierte die Organe der Staatsmacht u. a. darauf, die Verbindung mit den Volksmassen zu verstärken und strikt die sozialistische Gesetzlichkeit zu achten.
7. 8.1954 Der Ministerrat der UdSSR beschloß, alle Befehle aufzuheben, die von der SMAD und der Sowjetischen Kontrollkommission seit 1945 erlassen worden waren und das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der DDR betrafen.
- 27.8.1954 Einrichtung von Sühnstellen mit der Aufgabe, vor Einreichung einer Privatklage bei Gericht eine Versöhnung der Parteien zu versuchen. In jedem Stadtbezirk wurden Sühnstellen errichtet, die mit einem Schiedsmann besetzt waren. Der Schiedsmann wurde von der Volksvertretung des Stadtbezirks für die Dauer von drei Jahren gewählt.
- 16.11.1954 Das Gesetz über den Ministerrat der DDR gestaltete die verfassungsrechtliche Verantwortung des Ministerrates vor der Volkskammer weiter aus und orientierte auf die Kollektivität seiner Arbeit sowie auf eine erhöhte Verantwortung jedes Mitglieds des Ministerrates.
- 24.11.1955 VO über Eheschließung und Eheauflösung. Mit Aufhebung der Kontrollratsgesetze für das Gebiet der DDR durch Beschluß des Ministerrates der UdSSR trat das Ehegesetz des Kontrollrates vom 20. 2.1946 außer Kraft. Die Neuregelung brach endgültig mit dem für die Ehescheidung maßgeblichen Verschuldensprinzip des bürgerlichen Rechts.
- 24.—30. 3.1956 Die 3. Parteikonferenz der SED entwickelte die Konzeption für die weitere Lösung der Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dazu war es erforderlich, die sozialistische Staats- und Rechtsordnung auszugestalten und insbesondere die sozialistische Demokratie zu entwickeln.
- 10.5.1956 Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR berieten mit Richtern und Staatsanwälten Maßnahmen zur Verbesserung der Tätigkeit der Justizorgane.
- 28.1.1957 Beschluß der Volksvertretung Groß-Berlin zur Anwendung des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht der DDR vom 17.1.1957. Die Volksvertretung Groß-Berlin beschloß, die traditionelle Bezeichnung Stadt-